

Samstag 13.7. um 18:00 Uhr im Blücher-Museum Kaub

Dieter Kramer

Freiligrath und politisch-kulturelle Bildung in der aktuellen Krise der Demokratie

Vortrag und anschließende Diskussion

Eine Art Motto

„Wortreiche Rechtspopulisten werden plötzlich ganz still, wenn sie in der direkten Konfrontation der Lebensgeschichte einer Geflüchteten gegenüberstehen.“ (Uwe Mattheiß über ein Wiener Festwochen-Theater). Man kann auch erleben: „Grüne oder Linke werden plötzlich ganz still, wenn sie in der direkten Konfrontation einem Landwirt gegenüber stehen, der mit seinem Betrieb wegen der vielen Auflagen nicht mehr zurechtkommt.“

Was tun in solchen oder ähnlichen Situationen, in denen deutlich unterschiedene Haltungen und Meinungen aufeinandertreffen? Man wird man mit dem Gegenüber erst einmal alles sammeln, über das man sich einig ist, dann wird man die zentralen Differenzen benennen und schließlich überlegen, ob und welche Lösungen es dafür in der Perspektive gibt, oder ob man die Unterschiede einfach stehen lassen muss, weil sie in dem aktuellen Rahmen nicht gelöst werden kann („der Tisch ist nicht groß genug“, sagten wir im Amtsdeutsch, wenn in einer Besprechung man ohne die nächst höhere Instanz keine Beschlüsse fassen konnte).

Ich schlage zudem vor: Wir gründen eine FREILI-(Freiligrath-)Stiftung zur politischen Bildung.

Stichworte:

Sie werden also etwas hören von den Motiven für die Gründung der Freiligrath-Stiftung. Im Hintergrund stehen dabei die Selbstermächtigung der Menschen in der Romantik, ferner die Lernprozesse im Zusammenhang der 1848er Revolution. Und ich werde begründen, warum man nicht einfach sagen kann, die 1848er Revolution sei gescheitert.

Dann werde ich versuchen, ihnen nahezubringen, warum es lohnt, das Grundgesetz zu schützen, und ich erinnere daran, wo es heute in seiner Substanz angegriffen wird. Sie werden dazu etwas hören über Mosaik-Linke und Mosaik-Rechte, ferner über und die Chancen zur Verteidigung der Demokratie, und über Möglichkeiten zur Stärkung der Kompetenz Wahlbürgerinnen und Wahlbürgern.

Zunächst:

1. Die FREILI-Stiftung

Vor einer Woche wurde Ihnen von Frau Professor Susanne Enderwitz der Schriftsteller Ferdinand Freiligrath vorgestellt. Er lebte in den Jahren 1842-1844 in St. Goar und traf sich dort in einer Art Salon mit Schriftsteller-Kolleginnen und Kollegen.

Es entwickelt sich dieser Zeit trotz der grundsätzlichen politischen Unterschiede eine stabile Freundschaft zwischen dem gerade sich radikalierenden Freiligrath und dem eher liberalen preußischen Landrat Heuberger. Sie fetzten sich wohl ziemlich radikal, aber ihre Freundschaft litt nicht darunter. Freiligrath schreibt am 23.2.1846 an Landrat Karl Heuberger „Wer selbst ehrenhafter Gesinnung fähig, der wird es gewiß nur ehren, daß, nachdem unsere politischen Ansichten entschieden auseinandergingen und wir, wie Männer, offen und rückhaltlos und zuweilen scharf und derb uns gegeneinander ausgesprochen haben, dies doch unseren, aus gegenseitiger Achtung entsprungenen freundschaftlichen Beziehungen keinen Eintrag that. So sollte es allgemein sein. Der Sache Feind, des Mannes Freund!“ Das wurde nach allen Wirren seit 1848 zu beider Lebensende wieder aufgegriffen.

Nachdem Freiligrath 1840 die Hoffnungen auf einen reformbereiten „klugen Herrscher“ aufgegeben und sich „radikalisiert“ hatte, musste er sich von seinem preußisch-beamteten Freund vorwerfen lassen, sein Radikalismus münde in jakobinischen Terror (Friedrich Schiller hat in der „Glocke“ ähnlich über die Französische Revolution gesprochen). Eine solche Gefahr bestand in der Tat, weil der sich von Gottes Gnaden und von der Heiligen Allianz beschützt fühlte preußische König nicht bereit war, mit der Opposition zu reden (Professor Susanne Enderwitz hat am vergangenen Samstag in St.Goar auf all das hingewiesen).

Die 1848er Revolution eröffnete neue Wege. Und im Rahmen dieser Revolution konnte Freiligrath erfahren, dass nicht guter Willen oder Aufklärung die Basis für eine demokratische Politik sind, sondern dass unterschiedliche Interessen in Konflikten oder Kompromissen ausgehandelt werden müssen.

Die Freundschaft, mit der diese so unterschiedlich denkenden Menschen verbunden waren und sich in offenen Gesprächen mit anderen trafen (und raufte), ist für demokratisches Leben beispielhaft. Die Akzeptanz vom Andersdenkenden ist Voraussetzung für die Demokratie.

Derzeit stehen bei uns keine autokratischen Herrscher als Feinde des Volks am Pranger, sondern das Zusammenleben wird gefährdet durch scheinbar unüberbrückbare Gegensätze innerhalb der Bevölkerung und der politischen Lager. Wir müssen uns wieder bewusst werden, wo eine wesentliche Substanz der Demokratie liegt: im regelbaren und geregelten Miteinander.

So ist es sinnvoll, wenn der gemeinnützige Verein „Kulturnetz Oberes Mittelrheintal e.V.“, kurz „K.O.M.“, in dem gerade in der Fassade renovierten historischen Gebäude in St. Goar, wo Freiligrath wohnte, einen „Raum für Freundschaft & Demokratie“ aufbauen will. Perspektivisch wird an eine FREILI-Stiftung gedacht, die nicht von der Zufälligkeit von Förderungen abhängig ist.

Es geht um eine Institution, in der Menschen mit unterschiedlichsten Meinungen in einer organisatorischen Schutzatmosphäre miteinander sprechen und planen können. Wichtig ist ein solcher offener Raum in Zeiten, da ein einziges falsches Wort, eine einzige abweichende Option im privaten Raum Freundschaften, Familien zerbrechen kann. Hier im Raum der Stiftung oder des „Raumes für Freundschaft & Demokratie“ muss man gewaltfrei und tolerant miteinander auskommen.

2. Die Selbstermächtigung

In das Welterbe Oberes Mittelrheintal passen ein solcher Raum, eine solche Stiftung sehr gut. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts haben die Intellektuellen des Sturm und Drang sich mit der Aufklärung auseinandergesetzt und sie nicht nur, wie Voltaire und König Friedrich der Große von Preußen, als Instrumentenkasten für eine perfektere Ausbeutung der Bevölkerung im „Aufgeklärten Absolutismus“ verstanden. Für sie war es die Aufforderung zur Selbstermächtigung der Individuen: Die Menschen können gemeinsam ihr Schicksal in die Hand nehmen. Die Nordamerikanische Befreiung vom Kolonialismus 1776 und die Französische Revolution 1789 haben den Weg dazu gebahnt (nicht auf Dauer erfolgreich, wie man erfahren konnte).

In den gleichen Jahren hat Johann Gottfried Herder mit seinen „Stimmen der Völker in Liedern“ geholfen zu entdecken, dass Kreativität kein Privileg der Eliten ist, sondern die am gleichmäßigsten über die ganze Erde verteilte Ressource - so wird es im 21. Jahrhundert in der UNESCO formuliert, deren Geist auch ins „Welterbe Oberes Mittelrheintal“ gehört.

Herder hat Goethe in Straßburg 1780 mit seinen Ideen beeindruckt, und die Romantiker machten sich am Rhein auf den Weg, dieser Kreativität nachzuspüren - so taten es L(u)dwig Achim von Arnim und Clemens von Brentano mit der Sammlung „Des Knaben Wunderhorn“ (1806-1808).

3. Die Revolution von 1848

Die Romantiker hofften auf den gut erzogenen und reformbereiten Fürsten. Als 1840 auch der neue preußische König diese Hoffnungen nicht erfüllte, sondern seine „Untertanen“ mit Zensur und - wie im Weberaufstand von 1842 - mit Gewalt zu disziplinieren versuchte, entwickelte sich eine demokratische Lyrik, die wie selten zuvor ein großes Publikum erreichte. Mit diesem Treibsatz kam es zu den revolutionären Bewegungen von 1848, bei denen - das wird gern vergessen - die Nassauische Landeshauptstadt Wiesbaden im frühen März 1848 deutlich vor Berlin, Wien und anderen ein wichtiger Schauplatz von Aktivitäten war: Dort fand sich ein Drittel der männlichen Bevölkerung von Nassau in einer Volksversammlung zusammen und drängte den Herzog erfolgreich zu Reformversprechungen.

Die Revolution ist dann keineswegs in ihrer Gänze gescheitert ist, auch wenn der Preußische König im Beharren auf seinem eingebildeten Gottesgnadentum die ihm vom Paulskirchenparlament angebotene Krone zurückwies und 1849 zusammen mit seinen Kollegen von Gottes Gnaden die „Reichsverfassungskampagne“ mit Gewalt und Todesurteilen niederringen ließ.

Die im Entwurf dieser Reichsverfassung vom 28. März 1849 enthaltenen Grundrechte („Märzerrungenschaften“) kamen dennoch nicht mehr in Vergessenheit. Sie wurden die Basis für den Grundrechtskatalog der Weimarer Verfassung (in der Reichsverfassung von 1871 erscheinen sie nicht), für das Bonner Grundgesetz sowie der Verfassungen der Bundesländer, und für die Verfassung der DDR (wenigstens im Wortlaut).

4. Lernprozesse

Ferdinand Freiligrath begleitete diese Revolution in der „Neuen Rheinische Zeitung“, bevor er nach England fliehen musste. Frucht der Lernprozesse der Revolution war, dass viele Menschen aus den von der Frankfurter Prominentenversammlung von 1848/49 nicht beachteten sozialen Milieus außerhalb der herrschenden Schichten ihr Schicksal selbst in die Hand nahmen: Sie waren 1849 verlassen, ja verspottet worden von denen, die der neu eröffneten bürgerlichen Erwerbschancen wegen ihren Frieden mit den immer noch (bis ins wilhelminische Kaiserreich) von Gottes Gnaden regierenden, nur ansatzweise durch Wahlen gezügelten Obrigkeiten gemacht hatten. Die neu entstehenden sozialen und demokratischen Bewegungen, die Arbeiterbewegung, die Wahlrechtsbewegung, die Frauenbewegung prägten die Jahrzehnte des endenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Sie erst schufen die Grundlagen des heutigen sozialen und demokratischen Rechtsstaates. Nicht zuletzt ihnen verdanken wir das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

5. Demokratie und Grundgesetz

Das Grundgesetz von 1949 verbindet Deutschland mit der Völkergemeinschaft, formuliert die Grundsätze des Zusammenlebens und eröffnet Handlungsspielräume:

Die Präambel stellt klar, dass es entstanden ist *„im Bewusstsein <der> Verantwortung vor Gott und den Menschen“*. Und in Artl.1.2 lesen wir: *„Das Deutsche Volk bekennt sich ... zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“* Art. 79.3 bestimmt: *Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikel 1 bis 20 niedergelegten Grundsätze (den Menschen- und Grundrechten) berührt werden, ist unzulässig.*“ Hier schon sei erwähnt, dass dies bedeutet, dass die Pläne der AfD zur Remigration nur durch einen Staatsstreich (eine Aufhebung des Grundgesetzes) umgesetzt werden könnten.

Das Grundgesetz formuliert die ethischen Grundsätze des Zusammenlebens. *Art. 1 Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.* Da kennt das Grundgesetz keine Ausnahmen. Der russische Präsident Putin hatte bei mir schon vor vielen Jahren allen Kredit verloren, als er seine Gegner verglich mit Ratten oder Insekten, die man zertreten, vernichten müsse (oder so ähnlich). Andere hielten ihn da immer noch für „einen lupenreinen Demokraten“ und schlossen Gashandelsverträge mit ihm ab. Schon damals wollte ich ihn immer nur an seinen Taten und nicht an seinen Worten messen.

Zentral ist im Grundgesetz Artikel 3.3: *Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.*“ Auch da kennt es keine Ausnahmen: Männer und Frauen sind gleich.

Einer besondere Qualität des Grundgesetzes besteht darin, dass es Handlungsspielräume eröffnet: Es stellt auch die Eigentumsordnung zur Disposition: *Art. (14.2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig*“ - mit durch Gesetz zu regelnder Entschädigung.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. (Art.20.2) Es gibt in der Demokratie keine andere Begründung für Herrschaft: Vom Staatsvolk der (erwachsenen) Bürgerinnen und Bürger geht die Staatsgewalt aus. Wer etwas anderes will, etwa das Wahlrecht an Besitz, Bildung, Herkunft, Sprache oder Alter koppeln will, stellt sich außerhalb der Verfassung. Das darf die Demokratieerziehung nie vergessen.

Das Grundgesetz, solange es nicht autoritär und obrigkeitsstaatlich ausgehöhlt ist, liefert all die Rechte, Möglichkeiten und Strukturen, mit denen in demokratischen Prozessen (parlamentarisch oder - auch das ist legitim - gestützt auf Demonstrationen, Streiks und direkte Aktion) mehrheitlich akzeptierte Ziele durchgesetzt werden können. Dazu können in der Wohnungsnot auch Enteignungen von Wohnungskonzernen durch Gesetze gehören - wenn der Druck der Bevölkerung groß genug ist, sie durchzusetzen.

Dass es viele Probleme und offene Fragen gibt, weiß jeder - aber man nenne mir Lösungen, die nicht beginnen mit der Aufforderung „Man müsste ...“ oder „Man sollte ...“ Bürgerinnen und Bürger sind gefragt, als Wähler oder mit anderen Aktionsformen innerhalb der Legalität. Das muss in der demokratischen Bildung immer erkennbar werden.

Demokratie findet statt im „bürgerschaftlichen Engagement“, genährt von eigenen Interessen, dem Wunsch nach Geselligkeit und der Orientierung am Gemeinwohl, aber auch in den freien Assoziationen („Vereinen“) Die am Mittelrhein verbreiteten „Nachbarschaften“ und „Brunnengemeinschaften“ sind ein einzigartiges Beispiel für praktische Demokratie: Orte der Begegnung, in denen die Menschen gemeinsam agieren müssen und in denen Gesprächsverweigerung nicht möglich ist. Und man kann Erfolge nennen - ich denke z. B. an die gerettete Wisper in Lorch.

Das Grundgesetz stellt Aufgaben, denen die Organe des Sozialstaates genüge tun müssen: So heißt es etwa ganz konkret in Artikel 6.4: *Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.*“ Verpflichtend für den Staat sind die Aufgaben der Bildung (damit auch der Heranbildung kompetenter Staatsbürger), der Rechtspflege, der Infrastruktur, usf. Bund und Länder haben jeweils spezifische Zuständigkeiten.

Die Erinnerung an die Wertewelt des Grundgesetzes ist die wichtigste und angemessenste Antwort auf die Gefährdung der Demokratie.

6. Mündige Staatsbürger und politische Bildung

Demokratie braucht mündige Staatsbürger. Ich erlaube mir eine Lese Frucht zu diesem Thema vorzulesen: Berichtet wird von Zuständen, in denen das Bildungsminimum für Staatsbürger erfolgversprechend angestrebt wird:

„Den Menschen nennen wir aufgeklärt, der in seinen menschlichen und bürgerlichen Verhältnissen weiß, was er wissen soll, der demnach als Mensch und Bürger die Kenntnisse besitzt, welche er in seinem Kreise braucht. Nachdem sich dieser erweitert, muß sich notwendig auch die Sphäre seiner Kenntnisse erweitern.“(Bechtolsheimer, Heinrich: Rheinessen zur Zeit der Franzosenherrschaft 1792-1814. Vortrag von -, Pfarrer zu Mombach. Worms: Kranzbühler's Verlag 1905, S. 63)

1905 zitiert Pfarrer Heinrich Bechtolsheimer aus Mombach bei Mainz mit diesem Bildungsminimum einen Beamten Napoleons aus dem Department Mont Tonnere/Donnersberg/Rheinessen mit Namen Bodman, der dort in der Zeit von 1804 bis 1814 wirkte. Bechtolsheimer, als wohl liberaler Theologie geprägt von den Vorstellungen der Aufklärungsphilosophie, ergänzt: „Vielleicht unbewußt hat der gute Bodman in diesen Worten ausgesprochen, was der Herrscher Frankreichs über Volksbildung dachte: jeder getreue Untertan sollte ja nicht mehr lernen, als was für seine Verhältnisse paßt, und mit etwas Lesen, Rechnen und Schreiben hat der Mann aus dem Volke genug; die Hauptsache bleibt, daß er seine Steuern zahlt...“

Aber wenn heute der „einfache Mann“ wenigstens das lernen würde! Aktuell müssen 2023 ganze Grundschulklassen in Rheinland-Pfalz sitzenbleiben (den ersten Jahrgang wiederholen), weil von den Schülerinnen und Schülern nicht einmal die Grundfertigkeiten beherrscht werden, und erst recht werden sie nicht auf den Weg zu kompetenten Staatsbürgern gebracht.

Niemand soll die Entschuldigung gelten lassen, das hinge mit der Zuwanderung zusammen. Da man diese Zuwanderung braucht, muss man auch für Ausbildung sorgen, und so ist der Staat gefragt. Wenn der nicht genügend Zukunftsinvestitionen wagt, weil man keine Schulden machen will, oder weil kein da Geld hat, dann wären entsprechend vor allem die zur Finanzierung heranzuziehen, die von dieser Zuwanderung profitieren: Unternehmen, die dann freilich nicht nur neoliberal an ihre Shareholder, ihre Aktionäre denken dürfen, sondern auch daran, wie sie das von ihnen benötigte Personal (und die Konsumenten) ausbilden können. Wir kennen in der Region Personen, die sich der Mühe unterziehen, für Migrantinnen und Migranten, Bildung und Ausbildung anzubieten, auch wenn sie keine Unternehmer sind.

Wenn dieser Tage darüber geklagt wird, wieviel die arbeitenden Menschen an Steuern und Abgaben zahlen müssen, dann wird dabei vergessen, dass der ganze Rahmen von Infrastruktur, Bildung, sozialer Sicherung, Rechtswesen, Verteidigung (ja, auch das!) finanziert werden muss: Dafür erhebt der Staat Steuern, dafür werden Abgaben in die Rentenversicherung gezahlt.

Und wenn es um die Kosten für Asylbewerber geht, die wegen Verfolgung und Armut hier Aufnahme suchen: Bitte auch daran denken, dass viele von ihnen aus Regionen kommen, die uns mit ihren preiswert zur Verfügung gestellten Ressourcen an Wasser und Bodenschätzen helfen, unseren materiellen Wohlstand zu sichern, oder wo wir mit unserer Rüstungsgüterproduktion dazu beitragen, Kriege zu führen.

Und Geld für notwendige, aber vernachlässigte Aufgaben wäre ja da: Seit 1986 die Vermögenssteuer ausgesetzt ist, sind etwa 380 Milliarden dem Staat vorenthalten worden. Das ist für den ganzen Zeitraum nicht allzuviel, für 2023 wären es immerhin etwa 30 Milliarden gewesen. Aber es geht ja nicht nur um die vorenthaltenen Steuern, sondern auch um die Besteuerung der immer reicher werden superreichen Vermögensbesitzer - Deutschland hat von den vier größten Wirtschaftsmächten der EU die höchste Ungleichheit der Vermögen: Die Reichen (unter Ihnen ist heute niemand davon) werden immer reicher. Daran erinnert Simon Paelchau von der Hilfsorganisation Oxfam (380 Milliarden Euro Schaden. TAZ v. 03.07.2024).

In Gigantische Verkehrsbauten wie neue Autobahnen oder die kaum genutzte Hochmoselbrücke wird investiert, warum dann nicht auch in Bildung?

7. Die Gefährdung der Demokratie

Inzwischen drohen der Demokratie Gefahren nicht nur durch wachsende Ungleichheit. Sie muss verteidigt werden von Menschen, die von der Qualität des Grundgesetzes überzeugt sind. Die demokratische Grundordnung wird derzeit nicht ernsthaft von den Linken infrage gestellt. Es gibt zwar Splittergruppen, bei denen manche immer noch aggressiv auf Polizisten reagieren, obwohl sie längst wissen, dass die im Falle eines Falles auch für ihren Schutz tätig sein werden. Aber die meisten Linken, so scheint es mir, haben begriffen, dass dieses Grundgesetz den Rahmen bietet für alles, was ihnen wichtig ist - davon überzeugte mich einst auch mein professoraler Lehrer, der Marburger Politologe Wolfgang Abendroth.

Bedroht wird die demokratische Grundordnung von immer mehr Einfluss gewinnenden rechten Bewegungen. Das kann man konkretisieren:

Der AfDler Maximilian Krah fordert die Abkehr von den universellen Menschenrechten, und damit die Abkehr von solchen Prinzipien, die von den „Vätern des Grundgesetzes“ bewusst von der Veränderung ausgenommen wurden. Denn im Zusammenhang mit den Plänen zur „Remigration“ beklagt er, dass man die Verfassung nicht so schnell und einfach ändern kann (Maximilian Krah „Politik von rechts - ein Manifest“; angeboten vom Kubitschek Verlag) Es, „werde auch in zehn Jahren nicht ansatzweise eine politische Mehrheit, gar die verfassungs- und völkerrechtliche Möglichkeit geben, diese Menschen“ (25 Millionen Menschen, davon 15 Millionen deutsche Staatsangehörige) „gegen ihren Willen aus dem Land auszuweisen.“ (S. 35) Auch Björn Höcke weist hin auf „einen langen und entbehrensreichen Weg.“ Wer aber dennoch an solchen Zielen festhält, setzt er sich über den Verfassungskonsens hinweg und denkt an die nur gewaltsam mögliche Aufhebung jener Teile des Grundgesetzes, die - wie die Unverletzlichkeit der Würde des Menschen - bewusst als nicht veränderbar bezeichnet wurden.

Diese „lange und entbehrensreiche Weg“ „ist der einzige Weg, der zu einem vollständigen Sieg führt, und dieses Land braucht einen vollständigen Sieg der AfD.“ Das ist ein Drohung - jeder man mag sich nicht ausmalen, was dieser Sieg bedeuten würde.

„Remigration“ ist das Tarnwort für Ausweisung. Was eine Remigrationspolitik für unsere Lebenswelt bedeutet, wurde jüngst erläutert. „Eine Ausweisung von Millionen Asylbewerbern, Ausländern und sogenannten nicht assimilierten Deutschen ... hätte katastrophale Folgen für die Wirtschaft auch in unserer Region“. So urteilen IHK und HWK

in Rheinland-Pfalz. In den beiden Landkreisen Westerwald und Rhein-Lahn-Kreis leben 105.874 Personen mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Davon hatten 12.934 (12,2 %) eine ausländische Staatsbürgerschaft. Wohlgemerkt, es geht nur um ausländische Staatsbürgerschaft - die Herkunft oder die „Wurzeln“ sind damit nicht erfasst. Dann wären die Zahlen noch erheblich höher. „Würden all diese Menschen dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen, hätte das fatale Folgen- „Manches Band stünde still, könnten Betriebe keine Güter produzieren und veräußern, gäbe es das Gastgewerbe nicht“. Ähnliches gilt für Dienstleistungen und Pflegeeinrichtungen.

„Bis zum Jahr 2030“ (in sechs Jahren) „werden uns nach aktueller Prognose bundesweit bis zu fünf Millionen Fachkräfte fehlen“. Ferner ist interessant: „823 von 7492 Auszubildenden im Kammerbezirk Koblenz verfügen über eine ausländische Staatsangehörigkeit. Das sind 11 Prozent.“ Auch hier geht es nur um die Staatsbürgerschaft! (Röttgers, Hilko; Eschenauer, Markus: Rechte Fantasien gefährden die Wirtschaft. Unter dem Stichwort Remigration wird über die Abschiebung von Millionen Menschen diskutiert - Fatale Folgen für die Region. In: Rhein-Lahn-Zeitung v. 27.3.2024). Übrigens: 75 % der Erwachsenen in Deutschland leben von eigener Arbeit. Darunter sind auch die Migranten.

„Remigration“ ist freilich nur die Spitze eines Eisbergs von demokratiefeindlichen Ideen und programmatischen Vorstellungen, die in der AfD und ihrem Umkreis verbreitet werden. In anderen programmatischen Forderungen wird der Verfassungskonsens ebenfalls verlassen.

Das Bundesverfassungsgericht hat unmissverständlich klargestellt, dass ein ethnischer Volksbegriff, Rassismus und Antisemitismus die Menschenwürde verletzen. Zu der gehört die „elementare Rechtsgleichheit.“ (Gärditz, Klaus Ferdinand <Jg. 1975, Univ. Bonn, Verfassungsrechtler Abgebrühte Liberalität. TAZ v. 11.08.2023>) „Auch ‚ethnopluralistische‘ Positionen, die zwar als anders markierten Menschen nicht generell die gleiche Würde abzusprechen meinen, sie aber diskriminierend auf vermeintliche Heimatteritorien verbannen oder kulturell segregieren wollen, verletzen die Menschenwürde.“

Das bezieht sich auf den „Ethnopluralismus“ Der gern verwendete Slogan lautet: „Für eine heterogene Welt homogener Völker“. Aber was sind „homogene“ Völker? Die europäische Geschichte ist voll von oft fürchterlichen Beispielen „ethnischer Säuberungen“, die meist überhaupt nicht dauerhaft „erfolgreich“ waren (Ther, Philipp: Die dunkle Seite der Nationalstaaten 2011)

Für Historiker und Ethnologen gibt es keine „homogenen“ Völker oder Kulturen. Nur wenn eine Gemeinschaft sich selbst als Einheit versteht oder von anderen als solche empfunden wird, spricht man von „Volk“, „Kultur“ oder „Ethnie“. Entsprechend gibt es auch keine objektivierbare „ethnokulturelle Identität und Substanz“, es sei denn, man konstruiert sie (was es sein soll, müsste man mir einmal erklären). Biologisch aber sind es (nicht erst seit der sogenannten „Völkerwanderung“) immer historisch entstandene Gruppen von Menschen verschiedenster Herkunft. „Wir waren nie ganz isoliert“, sagte mir ein ehemaliger Helgoländer Bürgermeister. „Wir hatten immer Kontakte nach draußen, auch unsere Frauen.“

Ob eine Homogenität überhaupt wünschenswert wäre, ist eine zweite Frage. Läßt sich die Attraktivität des/der Fremden so einfach übersehen? Und: Kulturelle Vielfalt ist „angesichts der Unwägbarkeiten der Zukunft“ eine wertvolle Ressource, betont der Bericht der "Weltkommission Kultur und Entwicklung" von 1995 (Our Creative Diversity (1995/1996). Report of the World Commission on Culture and Development. <Pérez de Cuéllar-Report>

UNESCO-Publishing, Paris 1995/1996; Unsere kulturelle Vielfalt. Bericht der "Weltkommission Kultur und Entwicklung", Kurzfassung, 2. erw. Aufl. Deutsche UNESCO-Kommission Bonn 1997)

Antidemokratisch-völkisches Denken normalisiert sich schleichend. Die Verharmlosung ist Teil einer Strategie, in die auch weniger radikale „Vorfeld“-Organisationen einbezogen werden als „willige Helfer“ für die „Bereitstellung eines machtpolitisch nutzbaren Instrumentariums“ (ebd., S. 71) für Bündnispolitik.

Der neu-rechte Autor Benedikt Kaiser entwickelt das Konzept der „Mosaik-Rechten“ nach dem umgedrehten Modell der „Mosaik-Linken“ von Hans-Jürgen Urban. (2009)

Benedikt Kaiser plädiert für eine „gewisse Unabhängigkeit“ der Vorfeld-Organisationen bei der Mosaik-Rechten, auch wegen der „Vermeidung einer demokratischen Domestizierung der sogenannten Parlamentspartei“. (ebd., S.73) Die „Avantgarde der Bewegung“ muss sich ihrer Ziele bewusst bleiben. Potentielle Verbündete dürfen aber nicht abgestoßen werden. „Ein wenig Nationalchauvinismus, Antiliberalismus, Protest gegen ‚die da oben‘ sowie Antiwokeismus reichen aus, um Gruppen oder Akteure für die Mosaik-Rechte einzuspannen. Der Trick besteht auch darin, dass diese Gruppen oder Akteure bisweilen von ihrem Glück gar nichts wissen müssen“ (ebd., S. 74) - es sind nützliche „Protetstakteure und Karrieristen“ (ebd., S. 74). Dazu gehören ganz am Rande auch diejenigen, die aus naiv vordergründiger Betroffenheit öffentlich gegen das „Gendern“ in der Sprache polemisieren.

„Aber dann ist ein Zeitpunkt gekommen zu sagen, wir machen da weiter. Wir treiben das Feld weiter. ‚Assimilation oder Remigration (Sellner)‘ bleibt das Ziel“, ebenso das „Bekenntnis zum Eigenen, die Akzeptanz des Vorrangs eines ‚Wir‘.“ Und „gemeinsam sein müsse ihnen das Bekenntnis zum Eigenen, die Akzeptanz des Vorrangs eines ‚Wir‘ und die Gegnerschaft zu individualistischen Ideologien samt ihrer Praxisresultate.“ (ebd., S. 74)

Aber wer ist das „Wir“? Beim von der AfD propagierten „solidarischen Patriotismus“ wird eine selektive „völkisch-organisch“ verstandene „Solidarität und Identität“ nur für die Eigenen als selektive Verwirklichung des Sozialstaatsgedankens präsentiert, um in einer „Querfront“ auch sozialengagierte Menschen jenseits der AfD (vielleicht sogar Linke) zu gewinnen.

Manche wollen die „Biodeutschen“ bevorzugen. Wen davon geredet wird, dann frage man bitte: Sind die seit Jahrhunderten hier lebenden hugenottischen Glaubensflüchtlinge (man erkennt sie oft an ihren französischen Namen) Biodeutsche? Sind es die polnischen Bergarbeiter, die seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland leben? Sind Protestanten und Katholiken oder solche, die keiner dieser Konfessionen angehören? Und was ist mit den Menschen jüdischen Glaubens, die seit Jahrhunderten, ja seit mehr als 1000 Jahren hier leben und fast alles mit uns gemein haben? Und sind nicht Türken, die mit ihren Eltern oder Großeltern hierher kamen und fast alles mit uns teilen, nicht auch schon Biodeutsche? Wo sind die Grenzen?

Joachim Paul (Rheinland-Pfalz) fordert entsprechend den Entzug der Staatsbürgerschaft bei „illoyalem Verhalten“ nichtethnischer Deutscher und bereitet damit, wie einst in den Rassengesetzen der Nationalsozialisten, die Ausweisung vor (ebd., S. 73)

Argumentiert wird bei der Mosaik-Rechten „vordergründig aus einer emanzipatorischen Perspektive, nämlich antiexekutiv, antielitär und mit Verweis auf die liberale

Meinungsfreiheit“. Man tritt auf als „pluralistische Verteidiger der Andersdenkenden“ und grenzt sich vom „liberaldemokratischen Lager ab, dem von rechts antidemokratische Verbotsautorität unterstellt wird.“ (70) Aber gleichzeitig plädiert man offen für die Außerkraftsetzung von zentralen Prinzipien des Grundgesetzes wie den Allgemeinen Menschenrechten und dem Gleichheitsprinzip, und wer da nicht mithalten will, dem wird unterstellt, er schränke die Meinungsfreiheit ein.

Wer jemand behauptet, man dürfe heute nicht offen reden und nicht alles sagen, den frage man, ob er meine, man dürfe auch offene Fremdenfeindlichkeit, die Befürwortung von Etabliertenvorrechten für Alteingesessene im Vergleich zu Neuankömmlingen, die Abwertung von Muslimen, von Sinti und Roma und asylsuchenden Menschen sowie von Homosexuellen, Obdachlosen und langzeitarbeitslosen Menschen sowie von Menschen mit Behinderungen äußern. So wird „*Gruppenbezogenen Menschenfeindschaft*“ zusammengefasst - dafür zu öffentlich zu plädieren wird nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt, denn es steht in Widerspruch zu den Menschenrechts- und Gleichheitsprinzipien des Grundgesetzes. Jeder, der auch im nichtöffentlichen Raum solche Positionen vertritt, sollte damit rechnen müssen, dass er auf Widerspruch stößt und gefragt wird, wie er denn seine Positionen begründet.

Schon vor Jahren plädierte die Rechte für eher chancenlose „biodeutsche“ Mannschaften. Die aktuelle EM interessiert Björn Höcke nicht, denn er sieht in der aktuellen Mannschaft „Vielfalt statt Vaterland“: Und ich selbst nehme gerade mit Interesse zur Kenntnis, wie der Fußball erfolgreich Diversität praktiziert und - im Gegensatz zum Sylter Edel-Punk - Chauvinismus, Rassismus und Gewalt aus den Arenen weitgehend fernhält.

Wenn eine Programmatik wie die der AfD so offen mit dem Grundgesetz in Widerspruch steht, fordern Viele, ein Parteiverbotsverfahren einzuleiten. Aber das würde vermutlich keine guten Folgen haben: Die AfD würde reden von dem angeblich „diktatorischen Charakter des nur scheinliberalen Staates“ und es dürfte aktuell „zu Solidarisierungseffekten führen, die über das engere rechtsextreme Lager und auch über die Grenzen Deutschlands hinausgehen.“ (Linden 2024, S. 70). Verbote für die Rechte würden zudem einen noch gefährlicheren Untergrund produzieren. Der Prozess gegen die Reichsbürger zeigt, was da alles schon vorbereitet war, und man soll nicht glauben, das sei jetzt alles erledigt.

Wichtiger ist die Stärkung der Identifizierung mit dem Grundgesetz und seinen genannten Qualitäten. „Verfassungspatriotismus“ zu pflegen, demokratische Praktiken einzuüben (z. B. in der Pflege einer Debattenkultur in der Schule) sollte gleichgewichtig neben der Pflege der demokratischen Traditionen und dem „Gedenkstätten-tourismus“ stehen. Der „Erlebniswelt Rechtsradikalismus“ mit ihren lauten Musik und ihren dunklen völkischen Idealen muss ein heller freundlicher Verfassungspatriotismus entgegengesetzt werden.

8. Denken in Alternativen >

Lange Zeit wurde deutsche Geschichte interpretiert, als strebe sie auf ein Ziel zu, nämlich den deutschen Nationalstaat. Nicht von der Geschichte der Menschen in dem Gebiet des heutigen Deutschland, sondern „vom Anfang der Geschichte unseres Volkes“ spricht der rechtskonservative Publizist Karlheinz Weißmann. (2015) Er konstruiert damit ein Subjekt „Unser Volk“, das es nie gegeben hat: Die Bevölkerung auf einem Territorium wird nur zu einem „Volk“ erst dann, wenn sie als ein solches definiert wird und sie sich mehrheitlich dazu

bekannt. *Selbst- und Fremdzuschreibung* konstituieren eine Ethnie (ein „Volk“), sagen die Völkerkundler.

Das „Denken in Alternativen“ erinnert nicht nur an Weggabelungen der Vergangenheit, sondern sensibilisiert auch für „Handlungsspielräume in einer komplexen Gegenwart“. (ebd., S. 35) Damit werden auch „Fortschritt“ und „Moderne“ nicht mehr als Ziel, geschweige denn als Ende der Geschichte verstanden: Menschheitsgeschichte ist viel reicher und erinnert auch an ganz andere Möglichkeiten. Gerade angesichts der Klimakrise, der Ressourcenkrise, der Nord-Süd-Spannungen, der globalen kriegerischen Konflikte und der gesellschaftlichen Spannungen im Innern der Gesellschaften ist es außerordentlich wichtig daran zu erinnern. Und vielleicht findet sich da auch einer der wenigen Hoffnungsschimmer: Es geht auch anders...

Roads not taken heißt eine Ausstellung des Deutschen Museums in Berlin, die 2023/2024 darauf aufmerksam macht

9. Politische Bildung fokussiert und kanalisiert

Das demokratische Leben verlangt kompetente Wahlbürger, die sich ihrer Interessen bewusst sind und ihre Möglichkeiten einschätzen können. Bei der Entscheidungsfindung wirken Medien und Parteien mit.

Gern werden von Kritikern die Wähler als „dumm“ bezeichnet, weil sie sich nicht so verhalten, wie man es von „vernünftigen“ Mitbürgern erwartet. Aber ein solches Urteil führt nicht weiter, selbst wenn man zugeben muss, dass politische Allgemeinbildung nicht besonders gut entwickelt ist (warum? Und wer tut etwas dagegen?). Zum einen haben die Wählenden immer Gründe für ihre Entscheidungen, über die man sich erst einmal informieren müsste. Und zweitens fordert man durch diese Schuldzuweisung an die Individuen eine autoritäre Regentschaft heraus, die sich über die Wählenden hinwegsetzt. Ein weiser oder charismatischer Staatsmann, so meint man (wie die Romantiker vergeblich hofften), oder der Selbstlauf der Gesetze der Ökonomie, an den die Liberalen immer noch glauben, wird's richten. Aber die 1848er Revolution hat gezeigt, dass die Betroffenen gut daran tun, im Laufe von Lernprozessen ihre Interessen selbst zu vertreten.

Es gibt im politischen Leben einer Gesellschaft Kipp-Punkte, bei denen der Einfluss von einzelnen „charismatischen“ Politikern viel Veränderung bringen kann - Willy Brandt spielte eine solche Rolle, global vielleicht Gorbatschow, und manchem mag ein anderer oder eine andere einfallen. Aber auch dann müssen die Bürgerinnen und Bürger überzeugt werden. Ein langer Prozess, zu lange?

Sollen wir in dieser Situation die Hände in den Schoß legen? Nein, eine FREILI-Stiftung gründen. Und: Viele, viele Genossenschaften gründen: Mit ihnen nehmen Menschen in überschaubaren Zusammenhängen und zu präzise bestimmbar Zwecken ihre Geschicke mehrheitlich selbst in die Hand. Und sie stellen materiell-gesellschaftliche Strukturen her, mit denen nachhaltig ohne Wachstumszwang Zukunft gestaltet werden kann.

10. Repliken auf Reizwörter - stichwortartig

Jeder, der die „völkischen“ und „rassistischen“ Denkformen und Thesen der AfD vertritt, sollte hier und heute davon ausgehen können, dass, egal wo, im Bäckerladen, am Stammtisch oder in einem familiären Gespräch, entsprechende Theorien und Phrasen nicht unwidersprochen bleiben.

Zwar weiß man, dass mit Argumenten und durch „Faktencheck“ solche Thesen nicht entkräftet werden können, aber einfach stehen lassen kann man sie auch nicht. Deshalb sollten die mündigen Wahlbürger und die Jugendlichen, die es werden wollen, sich einige grundlegende Kenntnisse und Erwiderungen dazu verschaffen.

Aber jede und jeder kann sich einen kleinen Vorrat von Erwiderungen auf die wichtigsten Thesen Behauptungen und Behauptungen der Rechten zulegen und ausdenken.

Wenn einer von „Lügenpresse“ spricht, soll er erklären, was er damit meint und wo er statt aus den Medien seine Informationen hernimmt (und man kann ihn fragen, ob er weiss, wie Journalisten arbeiten - dann kann man über Journalismus als Beruf, über Recherche und Gegenrecherche, über Quellenkritik sprechen).

Wenn einer von „Umvolkung“ spricht, soll er erklären, wie ein Volk entsteht. Und dann kann man darüber sprechen, dass „Völker“ in ergebnisoffenen Prozessen entstehen und erst dann „Völker“ sind, wenn sie sich selbst als Einheit empfinden oder von anderen dafür gehalten werden. Und man kann klären, dass „Völkerwanderung“ keine Wanderung ganzer Völkerschaften war, sondern dass da vor allem die Zuordnung zu „Warlords“ (Kriegergemeinschaften) und nicht die Abstammung oder Herkunft entscheidend waren.

Wenn davon gesprochen wird, dass „Türken eben anders“ sind, wird man fragen, wie unterschiedliche Prägungen von Türken, Ostfriesen und Bayern zustande kommen und ob sie ungleich behandelt werden müssen. Ist nicht Vielfalt, auch die genetische, auch eine Ressource?

Ähnlich kann man bei anderen Reizwörtern vorgehen und die Rechten auflaufen lassen (man kann sie auch einmal sammeln). Und immer daran denken: Das Grundgesetz liefert all die Rechte, Möglichkeiten und Strukturen, mit denen in demokratischen Prozessen (parlamentarisch oder - auch das ist legitim - gestützt auf Demonstrationen, Streiks und direkte Aktion) Ziele durchgesetzt werden können, die mehrheitlich akzeptiert sind. Da sind Bürgerinnen und Bürger gefragt, und wir sollten Beispiele von erfolgreichen Initiativen wie der im Wispertal sammeln, statt nur zu klagen..

Zum Schluss: Zur Förderung der Demokratie gehört es auch, Symbolwelten zurückzudrängen, die zur Demokratie wenig passen: Touristen sollten nicht angelockt werden mit dem Verweis auf „gekrönte Häupter“ die hier verbauten oder verzehrten, was von ihren Untertanen erarbeitet wurde, sei es in Kurorten oder Schlössern. Und umgekehrt sollten Orte der Demokratie deutlich erkennbar werden: Die Loreley zum Beispiel muss erinnert werden als Ort der internationalen Jugendbegegnungen von 1951, die im Vorfeld der europäischen Einigung stattfanden.

Dieter Kramer diekra23@gmail.com 14.07.2024